

11448/AB XXIV. GP

Eingelangt am 13.07.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Justiz

Anfragebeantwortung



REPUBLIC ÖSTERREICH
DIE BUNDESMINISTERIN FÜR JUSTIZ

BMJ-Pr7000/0153-Pr 1/2012

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 0
E-Mail: team.pr@bmj.gv.at

Frau
Präsidentin des Nationalrates

Zur Zahl 11648/J-NR/2012

Der Abgeordnete zum Nationalrat Wolfgang Zanger und weitere Abgeordnete haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „die Kosten für Werbung in den Ministerien“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1 bis 10:

Das Bundesministerium für Justiz kommt seinem Auftrag zur Information der Öffentlichkeit durch Herausgabe von Broschüren, Abhalten von Veranstaltungen und Veröffentlichung von Sachinformationen im Internet (unter www.justiz.gv.at) nach. Informations- und Werbekampagnen führt das Bundesministerium für Justiz nicht durch; Werbeeinschaltungen werden nicht getätigt.

In allen nachfolgenden Kostenangaben sind 20% Umsatzsteuer berücksichtigt.

Für das Justiz-Internet fielen im Abrechnungszeitraum 2011 für das Bundesministerium für Justiz 19.656 Euro an Kosten an.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

www.parlament.gv.at

Für die Beteiligung an der am 23. März 2011 an der Universität Wien (Juridicum) stattgefundenen Informationsmesse SUCCESS11 hat das Bundesministerium für Justiz 2.388 Euro aufgewendet.

Für die Beteiligung an der am 23. November 2011 an der Universität Graz stattgefundenen Informationsmesse EXCELLENCE11 hat das Bundesministerium für Justiz 2.280 Euro aufgewendet.

Für eine Meinungserhebung zum Thema „Korruption in Österreich“ hat das Bundesministerium für Justiz 18.000 Euro bezahlt.

Dem Jüdischen Kulturverein wurden im Jahr 2011 insgesamt 1.250 Euro als Druckkostenbeitrag für die Zeitschrift „David“ überwiesen.

Für die Versendung von Pressemitteilungen über das Originaltextservice (OTS) der APA entstanden im Jahr 2011 2.244,81 Euro an Kosten.

Zu 11 und 12:

Das Bundesministerium für Justiz hat die Agentur courage pr GmbH beauftragt, ein ganzheitliches Konzept für mediengerechte Kommunikation justizrelevanter Inhalte und Ziele zu entwickeln, entsprechende Umsetzungsmaßnahmen und Maßnahmenalternativen zu formulieren und die Kommunikation der Zentralstelle operativ zu unterstützen. Für diese Unterstützungsleistungen hat die Agentur insgesamt einen Betrag von 32.582,81 Euro erhalten.

Ferner wurde das Unternehmen Heidi GLÜCK spirit & support/ media + public affairs consulting GmbH – wie schon in der Anfragebeantwortung zur Zahl 9614/J-NR/2011 und 11478/J-NR/2012 bekanntgegeben – mit Beratungs- und Supportleistungen in Zusammenhang mit Öffentlichkeitsarbeit im Ausmaß eines maximalen Gesamtkontingentes von 240 Stunden (maximales Auftragsvolumen von 60.000 Euro) beauftragt.

Wien, . Juli 2012

Dr. Beatrix Karl